



Frankfurter Allgemeine

SONNTAGSZEITUNG

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER



LIEGE MUSS SEIN

Warum es an der Adria so schön ist - Liebeserklärung an Jesolo. *Reise*



TULPENWAHN

Spekulieren mit Blumen? Das kann böse enden. *Geld & Mehr*



DIE HANDTUCH-FORMEL

Von Fasern, Frottee, Flausch und Hautkontakt. *Wissenschaft*

„UNDERGROUND RAILROAD“

Colson Whitehead hat einen großen Roman über die Sklaverei geschrieben. *Feuilleton*

War die Kathedrale Terrorziel?

Angriff mit Auto in Barcelona war wohl nur „Plan B“. Terroristen hatten IS-Sprengstoff.

Die Terrorzelle, die in Katalonien zwei Anschläge mit vierzehn Toten verübt hat, plante offenbar ein viel größeres Attentat. Ursprünglich soll in Barcelona die Sagrada Família im Visier der Dschihadisten gewesen sein. Die von Antoni Gaudí entworfene Basilika ist das bekannteste Wahrzeichen der Stadt und wird jeden Tag von Tausenden Touristen besucht. Das sei der „Plan A“ der Terrorzelle gewesen, berichtete das spanische Online-Portal „El Confidencial“ am Samstag unter Berufung auf nicht näher genannte Polizeiquellen. Ziel der Zelle, die etwa ein Dutzend Mitglieder hatte, sei es gewesen, einen oder mehrere Anschläge „mit Hunderten Toten“ zu verüben, hieß es aus Sicherheitskreisen, die die spanische Zeitung „El Mundo“ zitierte.

Diese Pläne vereitelte eine heftige Explosion, die in der Nacht zum Donnerstag ein ganzes Haus in Alcanar zerstörte und zwei Menschen tötete. In dem Ort, der ungefähr zweihundert Kilometer südlich von Barcelona liegt, wurde offenbar an Sprengsätzen gearbeitet. Die Polizei fand in den Trümmern mehr als hundert Gasflaschen sowie angeblich Spuren des Sprengstoffs TATP, den die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ in der Vergangenheit verwendete und in der Dschihadisten wegen seiner Wirkung auch „Mutter des Satans“ nennen. Auch beim mutmaßlichen IS-Terroristen Jaber al-Bakr, der im vergangenen Herbst einen Anschlag auf den Berliner Flughafen Tegel geplant haben soll, wurde der Stoff gefunden.

Nach Angaben des Chefs der katalanischen Regionalpolizei Josep Lluís Trapero hatten die Täter nach der Explosion nicht mehr über genügend Material für „Anschläge größeren Ausmaßes“ verfügt. Sie hätten sich deshalb kurzfristig für die beiden Attentate in Barcelona und in Cambrils entschieden, die sie in „rudimentärer Weise“ keine 24 Stunden später verübten.

Zwei Dschihadisten-Einheiten hätten die Angriffe auf „Kreuzritter“ in Cambrils und Barcelona verübt, teilte am Samstag die sogenannte Nachrichtenagentur Amaq mit, über die der „Islamische Staat“ gewöhnlich kommuniziert. Die Hinweise mehrten sich, wonach die Mitglieder der Terrorzelle, zu der auch ein Imam gehört haben soll, ihre Terrorakte monatlang vorbereitet hatten. Am Samstag durchsuchten Sicherheitskräfte das Haus des islamistischen Predigers in der Stadt Ripoll, etwa hundert Kilometer nördlich von Barcelona und stellten dort laut Presseberichten DNA-Proben sicher. Es wird vermutet, dass einer der beiden Toten der Imam sein könnte.

Aus der Kleinstadt unweit der französischen Grenze stammten vier der mutmaßlichen Terroristen. Zu ihnen könnte auch der weiterhin flüchtige Fahrer des Lieferwagens gehören, der am Donnerstag in der Innenstadt von Barcelona mehr als hundert Menschen überrollt und dreizehn von ihnen getötet hatte. Die Ermittlungen konzentrieren sich dabei mittlerweile auf den 22 Jahre alten Younes Abouyaqoub, von dem die Polizei am Samstag ein Fahndungsfoto veröffentlichte. Die Nachrichtenagentur AFP zitierte französi-

sche Polizeikreise, wonach die spanischen Ermittler einen weißen Renault suchen, der die Grenze nach Frankreich überquert haben könnte.

Mitglieder der Terrorzelle, zu der Männer im Alter von 17 bis 24 Jahren gehörten, sollen in der Vergangenheit mehrfach in Frankreich gewesen sein, wo es eine Serie islamistischer Anschläge gegeben hatte. In Frankreich stammten mehrere Attentäter aus Nordafrika. Auch die spanische Gruppe rekrutierte sich nach ersten Erkenntnissen vor allem aus jungen Marokkanern, die in Spanien aufgewachsen sind. Ein Mitglied soll in der spanischen Nordafrika-Exklave Melilla gewohnt haben, die als ein wichtiger Brückenkopf für radikale Islamisten auf dem Weg aufs europäische Festland gilt.

Spaniens Innenminister Juan Ignacio Zoido teilte am Samstag mit, dass die Terrorzelle in Katalonien „zerschlagen“ sei und von ihr keine Gefahr mehr ausgehe. Ein Sprecher der katalanischen Regionalpolizei widersprach dieser Darstellung. Nach seinen Worten werde noch nach „zwei oder drei“ Verdächtigen gefahndet. Die spanische Regierung beschloss, die bisherige Terrorwarnstufe vier beizubehalten, laut der ein „erhebliches Risiko eines terroristischen Anschlags“ besteht. Es wurde darauf verzichtet, die höchste Stufe fünf auszurufen, die einen Militäreinsatz ermöglicht hätte. Trotzdem wurde in spanischen Städten die Präsenz von Sicherheitskräften verstärkt und zusätzliche Vorkehrungen zum Schutz von Zivilisten getroffen. In Madrid und Palma de Mallorca stellten Behörden an belebten Plätzen Betonbarrieren auf.

In Katalonien waren Polizeiangaben zufolge am Samstag noch zwölf Verletzte in lebensbedrohlichem Zustand. Zudem wurden noch 25 Schwerverletzte behandelt. Das jüngste der insgesamt vierzehn Todesopfer war ein drei Jahre alter spanischer Junge. Die Toten und Verletzten kamen aus mehr als 30 Ländern. Auch 13 Deutsche wurden verletzt, vier von ihnen schwer. Zwei der Frauen aus Deutschland schweben nach Angaben des Auswärtigen Amts noch in Lebensgefahr. Bundesaußenminister Sigmar Gabriel hatte schon am Freitag in Barcelona verletzte Deutsche und ihre Angehörigen besucht. Am Samstag legte er am Anschlagsort Blumen nieder. „Es gibt leider keine absolute Sicherheit gegenüber feigen Mördern“, sagte Gabriel. „Wir wissen, dass die Terroristen versuchen, Angst und Schrecken in den Demokratien zu verbreiten.“

Gabriel hatte eigentlich schon am Vorabend gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen Jean-Yves Le Drian Blumen auf den Ramblas niederlegen wollen. Doch versammelten sich zum vorgesehenen Zeitpunkt Anhänger der „Identitären Bewegung“ und drohten mit linken Gegendemonstrationen aneinanderzugeraten. Bei der Messerattacke am Freitag in Finnland spricht die Polizei mittlerweile auch von einem terroristischen Hintergrund. Ein achtzehn Jahre alter Marokkaner hatte im Zentrum von Turku zwei Menschen erstochen, bevor Polizisten ihn anschoßen und festnahmen. *ber./born.*

Im Krankenhaus schmeckt's nicht



Foto: Imagoeconomica

Patienten in Deutschlands Krankenhäusern essen nicht genug. Jeder vierte kommt Studien zufolge schon mangel- oder unterernährt in die Klinik. Dort folgt dann in der Mehrzahl der Fälle ein weiterer Gewichtsverlust. Schlimmer noch: Selbst viele anfangs normal ernährte Patienten zeigen nach dem Aufenthalt im Krankenhaus Anzeichen von Mangel- oder Unterernährung. Das behindert ihre Genesung erheblich. Deshalb fordert die Deutsche Gesellschaft für Ernährungsmedizin

eine zusätzliche verpflichtende Untersuchung aller Patienten, wie sie beispielsweise in den Niederlanden schon praktiziert wird: Bei der Aufnahme ins Krankenhaus und danach in regelmäßigen Abständen sollen alle Patienten gewogen und nach ihren Ernährungsgewohnheiten befragt werden, damit die Behandlung frühzeitig auf Fehlentwicklungen reagieren kann. Das würde nach Ansicht der Ernährungsmediziner auch viel Geld sparen: Auf bis zu 5 Milliarden Euro veranschlagt die Fachgesellschaft

die von Mangelernährung im Krankenhaus verursachten Mehrkosten in einem Konzeptpapier, das der F.A.S. vorliegt. Die Summe entspricht mehr als dem Doppelten der jährlichen Gesamtausgaben der deutschen Kliniken für die Pflege ihrer Patienten. In der Vergangenheit haben die Krankenhäuser an diesem Posten kräftig gespart. Einer Umfrage unter Krankenhausbetreibern zufolge belaufen sich die Ausgaben nun auf durchschnittlich 12,73 Euro je „Beköstigungstag“ und Patient – mehr Geld ist

nicht drin. Vor zehn Jahren waren es 10 Cent mehr. Berücksichtigt man den zwischenzeitlichen Anstieg von Lebensmittelpreisen und Gehältern, sind die Pflegeausgaben der Krankenhäuser nach Berechnung der Beratungsgesellschaft K&P Consulting sogar um 15 Prozent gesunken. Außerdem lassen viele Kliniken ihre Küchen veralten. Im Durchschnitt sind die Krankenhausküchen 26 Jahre alt, der Investitionsstau beläuft sich demnach auf rund 700 Millionen Euro. *lzt. Wirtschaft*

Die fünf Weisen streiten sich

Im „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ („Fünf Weisen“) hängt der Haussieg schiefl. In ungewöhnlich scharfer Weise attackieren die Ratsmitglieder Lars Feld, Christoph Schmidt, Isabel Schnabel und Volker Wieland ihren Kollegen Peter Bofinger. In der heutigen F.A.S. bescheinigen sie Bofinger nahezu unverblümt, er verstehe nichts von Ökonomie, weil er sich in der F.A.S. vom vergangenen Sonntag anlässlich des Diesel-Skandals für mehr staatlichen Zentralismus in der Wirtschaft ausgesprochen habe. Es passiere normalerweise nur Laien, die Liebe von Ökonomen zum Markt mit einer Liebe zu einzelnen Unternehmen zu verwechseln, schreiben die vier Weisen. „Einem Profi wie Bofinger sollte das nicht passieren.“ Die deutsche Volkswirtschaft stehe so gut da wegen und nicht trotz ihres marktwirtschaftlichen Ansatzes, schreiben die vier. Bofinger, der als links gilt, verfasst regelmäßig im Jahresthemen des Rats Sondervoten. Bislang hat man es jedoch vermieden, einander zu attackieren, sondern friedliche Koexistenz praktiziert. *Wirtschaft ank.*

Noch teurer fernsehen? ARD & Co. wollen mehr Geld

Die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland (ARD, ZDF, Deutschlandradio) fordern höhere Beiträge. Nach Informationen der F.A.S. werden sie im September den für sie zuständigen Bundesländern eine automatische Anpassung der Rundfunkbeiträge vorschlagen, durch welche die Gebühren schrittweise von heute 17,50 Euro auf 21 Euro im Jahr 2029 steigen sollen. Das entspräche einem jährlichen Preisanstieg des öffentlich finanzierten Fernsehens um 1,75 Prozent. Seit 2013 ist jeder Haushalt in Deutschland gezwungen, diesen Beitrag zu bezahlen, unabhängig davon, ob die Haushaltsmitglieder Fernsehen gucken oder nicht.

Die Bundesländer haben demgegenüber gefordert, dass die Beiträge bei 17,50 Euro stabil bleiben sollen; die für die Ermittlung des Finanzbedarfs zuständige Kommission KEF hatte in ihrem letzten Bericht von 2016 sogar die Erwartung formuliert, die Beiträge um 30 Cent auf 17,20 Euro zu senken. Die Anstalten begründen die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung damit, dass andernfalls das Einsparvolumen von 2,2 Milliarden Euro

(bis 2024) nicht zu bewältigen sei. Der Automatismus wäre ein Systemwechsel.

Die Sender versprechen, durch eine radikale Strukturreform künftig koordinierter und effizienter zu wirtschaften. „Das wird eine Zeitenwende“, sagte ARD-Generalsekretärin Susanne Pfab der F.A.S. Die ARD werde künftig viel stärker zentrale Aufgaben übernehmen: „Kooperation wird zum verpflichtenden Prinzip.“ Doch die finanziellen Ersparnisse, die sich durch diese Zentralisierung ergeben, sollen nicht an die Zuschauer weitergegeben werden, sondern sie werden „umgeschichtet in die Vielfalt neuer Angebote des digitalen Medienwandels“, wie es in einem Grundsatzpapier der ARD heißt. Damit wappnen sich die Sender gegen die neue Konkurrenz durch die Streamingdienste wie Netflix und Amazon. Nicht zuletzt die Mediathek soll durch personalisierte Angebote enorm ausgeweitet werden. „Das schlummern ungeheure Programmschätze, für welche die Zuschauer schließlich auch bezahlt haben“, sagte Generalsekretärin Pfab. *Wirtschaft ank./mec.*

Streit mit Türkei geht weiter

Präsident Recep Tayyip Erdogan hat Außenminister Sigmar Gabriel in einer persönlichen Attacke vor weiterer Kritik an der Türkei gewarnt. „Wer sind Sie, dass Sie so mit dem Präsidenten der Türkei reden?“, sagte Erdogan an Gabriel gerichtet am Samstag in einer Ansprache. „Beachten Sie Ihre Grenzen!“, ermahnte der Staatschef den Außenminister. Zuvor hatte auch der stellvertretende türkische Ministerpräsident Bekir Bozdag auf die Kritik am Bundestagswahlaufruf von Erdogan scharf reagiert. Erdogan hatte die Deutsch-Türken aufgefordert, bei der Bundestagswahl nicht für SPD, CDU oder Grüne zu stimmen, mit der Begründung: „Das sind alles Türkei-Feinde.“ Bundeskanzlerin Angela Merkel wies das zurück. „Wir verbitten uns jede Art von Einmischung.“ Bozdag nannte deutsche Reaktionen auf Erdogans Aufruf „respektlos, sehr unverschämte Äußerungen, die die Grenzen des Anstands überschreiten“. Unterdessen wurde auf Betreiben Ankaras der türkischstämmige Kölner Schriftsteller Dogan Akhanli in Spanien verhaftet. Deutschland hat die spanische Regierung gebeten, ihn nicht an die Türkei auszuliefern. *F.A.S.*

Fotos: Archiv, dpa, Getty, Studio X, Madelaine Whitehead



UMWELTAKTIVIST

Al Gore setzt seinen Kampf gegen den Klimawandel fort.

Leben

KLEINE STADT, GROSSE PLÄNE

Pfungstadt streitet: Soll dort ein Aquarium für Haie entstehen?

Rhein-Main

DER GEDANKENLESER

Bayern-Trainer Ancelotti ist ein Meister der Verwandlung.

Sport



Lotto: 2, 10, 29, 35, 45, 48 - 2
Spiel 77: 4 2 7 3 3 0 1
Super 6: 3 9 3 5 1 5

Alle Zahlen ohne Gewähr. *Superzahl

Abonnentenservice: 0180-2344677

Probe-Abonnement: 0180-25252

(6 Cent pro Anruf aus dem dt. Festnetz, aus Mobilfunknetzen max. 42 Cent pro Minute)

Im Internet: www.faz.net/leserportal

Belgien, Luxemburg, Niederlande, Österreich 4,30 € •
Balearen, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal
(Cont.), Spanien 4,80 € • Kanaren 4,90 € • Großbritannien
3,60 € • Schweiz 5,30 sfrs • Ungarn 1170 Ft



4 190349 904001